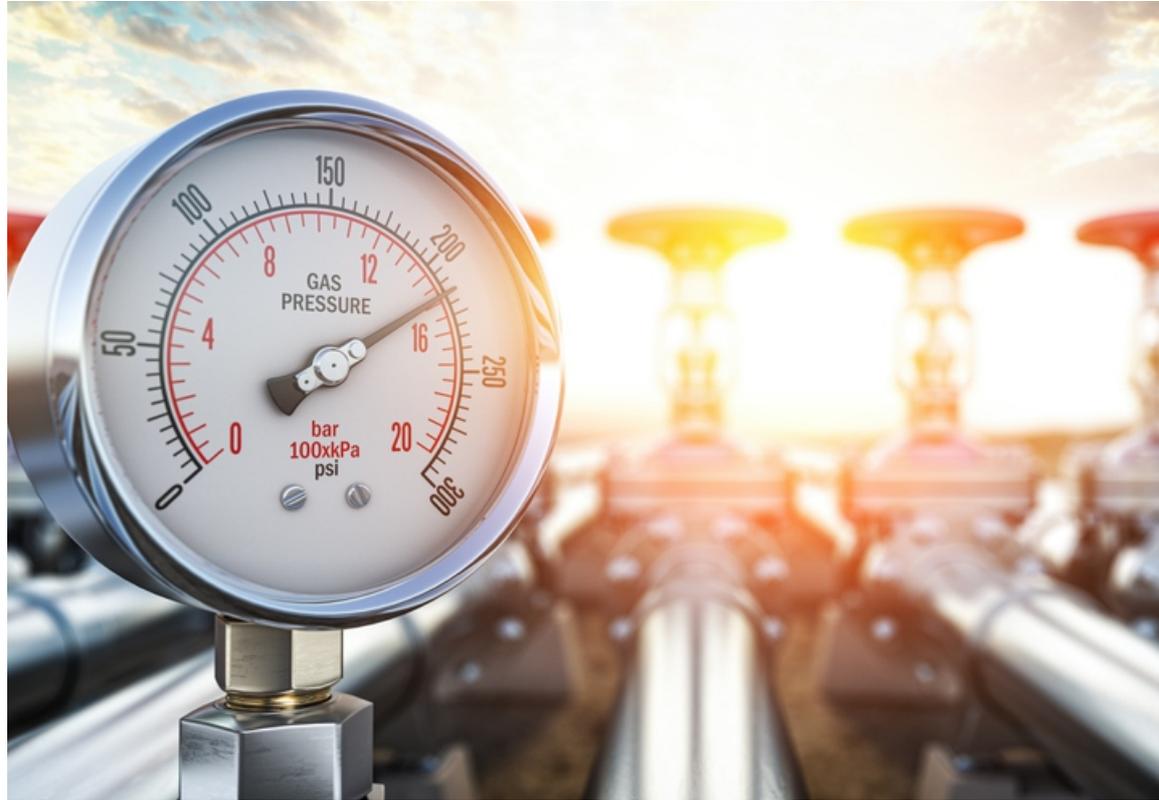


Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft



Energiewendebarmeter Niedersachsen – Energiewende in Zeiten der Energiekrise

März 2023



Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg
- IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Sie vertritt rund 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Energiewendebarmeter Niedersachsen – Energiewende in Zeiten der Energiekrise



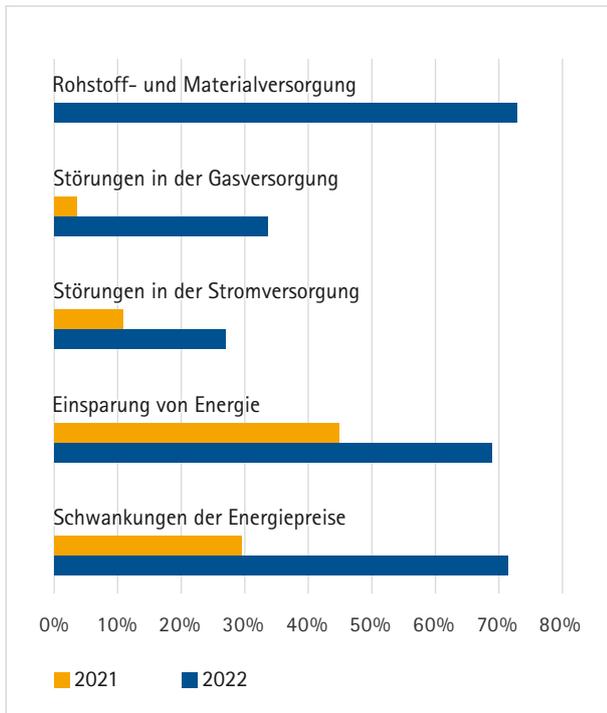
Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Krisenmodus

Die Versorgungssicherheit mit Gas und Strom ist erstmals, seit der Ölpreiskrise in den 70er Jahren, wieder von besonders hoher Relevanz, zeigt aber gleichzeitig auf, wie abhängig unsere Wirtschaft von Energieimporten ist. Wie bewertet die niedersächsische Wirtschaft die Energiewende unter diesen Voraussetzungen? Mit gemischten Gefühlen könnte die mögliche Antwort sein. Denn irgendwo zwischen Brennstoffwechsel auf emissionsreichere Energieträger und heruntergedrehten Heizungen geht es der deutschen Wirtschaft in erster Linie um den Erhalt der wirtschaftlichen Existenz. Dennoch geraten Maßnahmen, die primär auf den Klimaschutzzielen einzahlen, nicht so sehr in den Hintergrund, wie ursprünglich befürchtet, zeigt die Auswertung des aktuellen DIHK-Energiewendebarmeters für Niedersachsen.

Das DIHK-Energiewendebarmeter ist eine jährlich stattfindende Umfrage zu Energiethemen, die das Stimmungsbild deutscher Unternehmen aller Branchen und Größen einfängt. 2022 nahmen 3514 Unternehmen an der Umfrage teil, darunter 400 aus Niedersachsen. Gerade für dieses Bundesland galt die Umfrage auch als Stimmungstest vor der Landtagswahl im Oktober. Welche Herausforderungen die Unternehmen sehen und welche Lösungsansätze die neue Landesregierung dazu liefern möchte, erfahren Sie in diesem Fokus.



Versorgungssicherheit rückt stärker in den Fokus



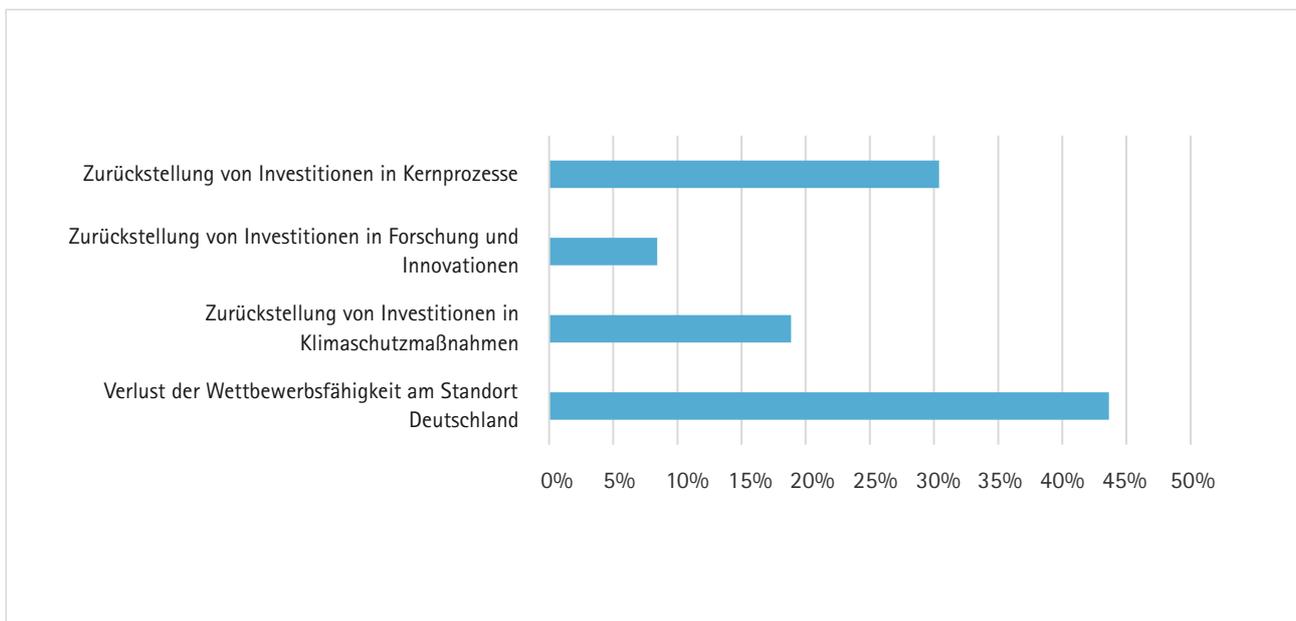
Die Energiekrise hat die niedersächsische Wirtschaft fest im Griff. Die Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung ist im Vergleich zum Vorjahr immens gestiegen. So gaben in diesem Jahr fast drei Viertel der befragten Unternehmen an, dass die Bedeutung des Aspekts „Schwankungen der Energiepreise“ für Sie zugenommen hat. Im Vorjahr waren es knapp 30 Prozent. Während dem Aspekt „Störungen in der Stromversorgung“ nur knapp 11 Prozent der Unternehmen im Jahr 2021 und 27 Prozent im Jahr 2022 mehr Bedeutung beimaßen, ist die Bedeutung der Gasversorgungssicherheit von 3,6 Prozent auf 33,6 Prozent um den Faktor 9 angestiegen.

Dieses Stimmungsbild findet sich im erheblichen Ausmaß in der Gruppe der befragten Industrieunternehmen wieder.

Welcher Aspekt hat an Bedeutung gewonnen?

Quelle: Niedersachsenauswertung des DIHK-Energiewendebarmeters 2022

Hohe Energiekosten führen zu klaren Wettbewerbsnachteilen



Die höheren Ausgaben aufgrund der Stromkosten und/oder Gaspreise führen insgesamt zu:

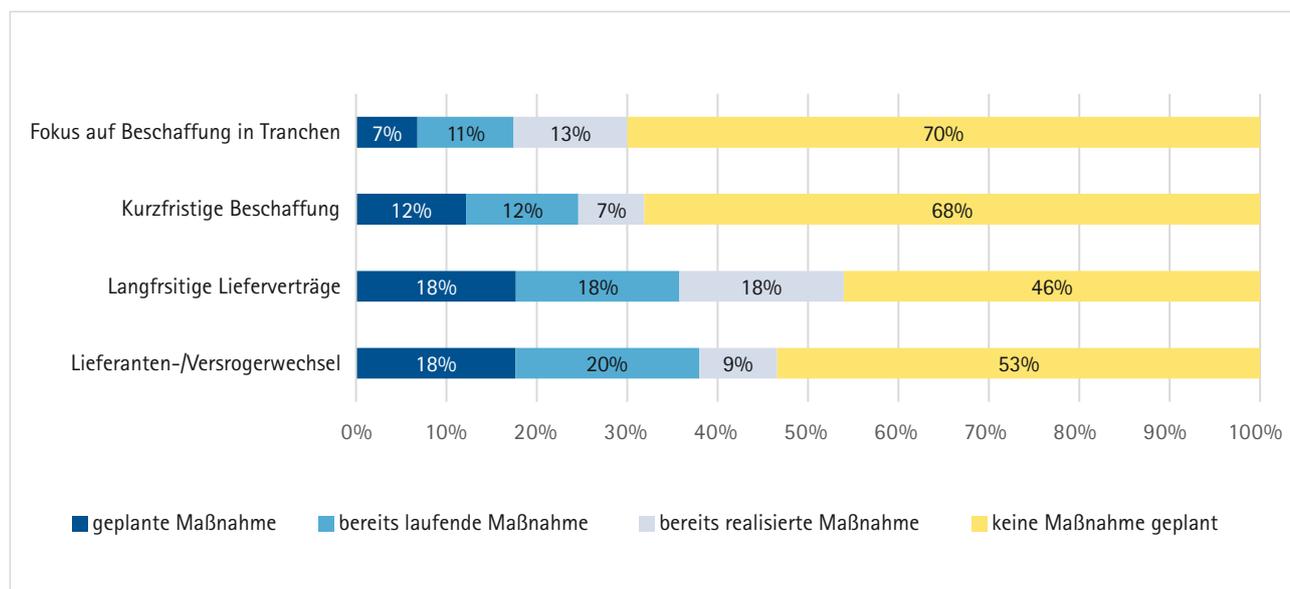
Quelle: Niedersachsenauswertung des DIHK-Energiewendebarmeters 2022



Dass die Energiepreise ungeahnte Höhen erreicht haben, ist klar belegbar, wenn man den Blick auf die Energiepreisbörsen wirft. Im August 2022 wurden auf dem Spotmarkt sogar deutlich über 300 € pro MWh Erdgas fällig, was eine Verachtfachung des langjährigen Mittels bedeutet. Beim Strompreis waren es kurzzeitig 700 € pro MWh. Dieser extreme Ausschlag beruhigte sich zwar nach einigen Tagen wieder, dennoch ist die Entwicklung an der Börse ein Abbild dessen, was den Unternehmen am meisten Sorgen bereitet. Höhere Energiekosten führen bei 44 Prozent der befragten Unternehmen in Niedersachsen zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. Dazu kommt eine Zurückstellung der Investitionen in Kernprozesse bei jedem dritten Unternehmen. In der Gruppe der Industrieunternehmen gaben über die Hälfte der Befragten an, dass sie den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit befürchten.

Als direkte Reaktion auf die Lage am Energiemarkt erkennt man zunehmende Unsicherheiten bei der richtigen Beschaffungsstrategie. Unternehmen, die einen langfristigen Liefervertrag abgeschlossen haben, profitieren weiterhin von niedrigeren Energiepreisen. Der Anteil der Befragten, der diese Strategie bevorzugt, hat sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert. Allerdings lässt sich diese Entwicklung nicht auf die Branchen Handel und Bau anwenden. Hier hat sich der Anteil der Befragten „pro langfristige Lieferverträge“ knapp verdoppelt (Handel), bzw. verdreifacht (Bau).

Änderung der Beschaffungsstrategie

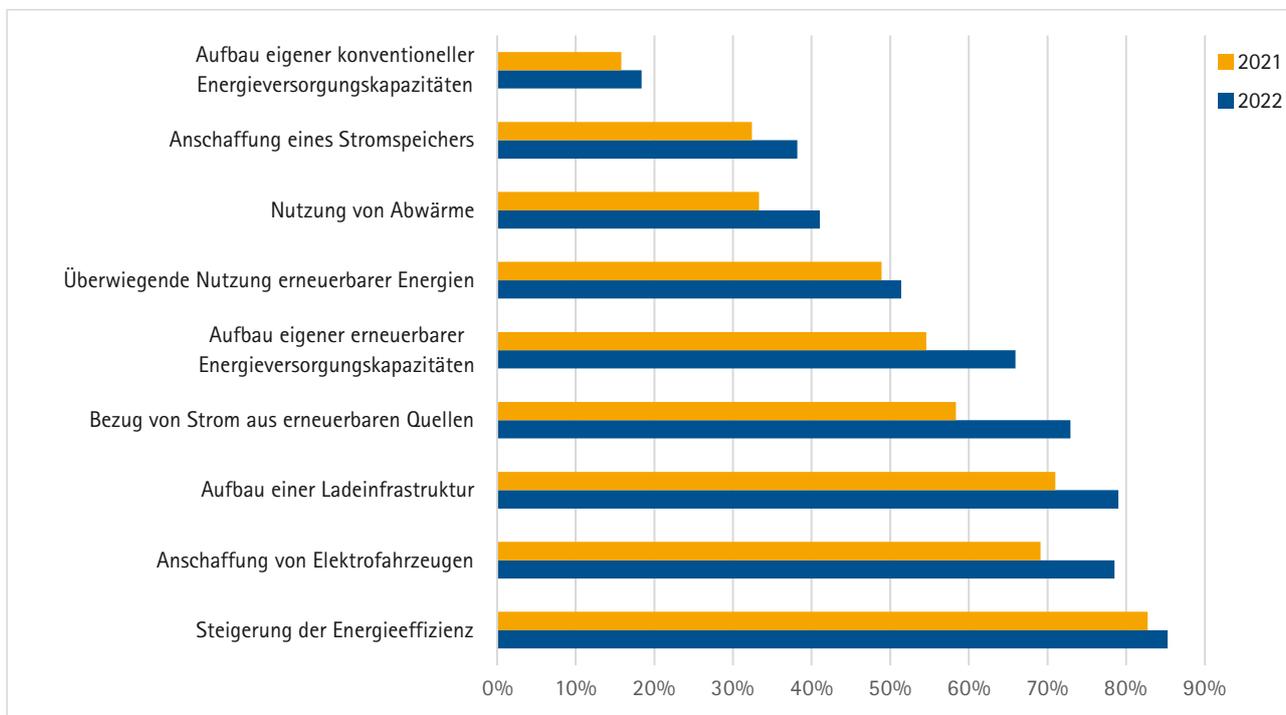


Welche Maßnahmen ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?

Quelle: Niedersachsenauswertung des DIHK-Energiewendebarometers 2022



Steigerung der Energieeffizienz ist die häufigste Maßnahme



Maßnahmen geplant/laufend/realisiert

Quelle: Niedersachsenauswertung des DIHK-Energiewendebarometers 2022

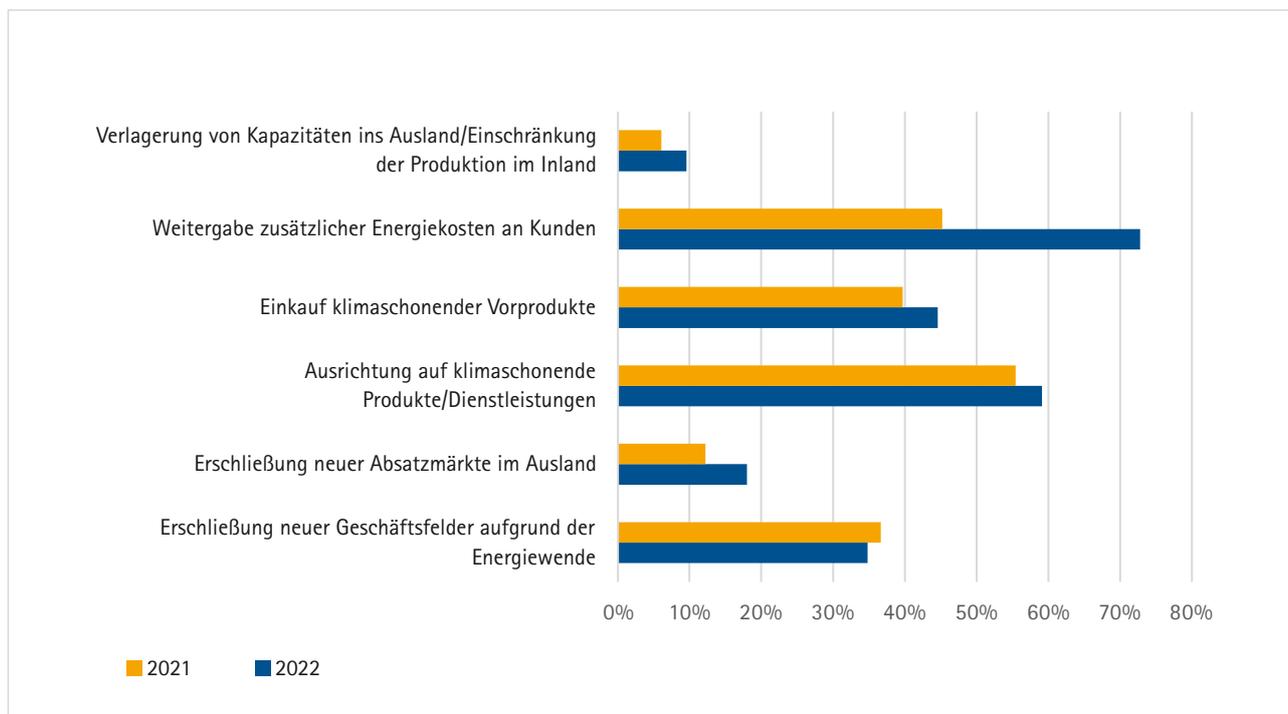
Als häufigste Reaktion auf die Veränderungen in der Energiewirtschaft geben die befragten Unternehmen an, zunehmend Maßnahmen zu ergreifen, um energieeffizienter zu werden. Insgesamt sind bei 85 Prozent der befragten Unternehmen schon Maßnahmen laufend, realisiert oder in Planung. Ein leichtes Plus von 2,5 Prozent zum Vorjahr.

Zu den weiteren Top 5 Maßnahmen gehören

- der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge mit 79 Prozent und einem Plus von 8 Prozent zum Vorjahr,
- die Anschaffung von Elektrofahrzeugen mit 78 Prozent und einem Plus von neun Prozent zum Vorjahr,
- der Bezug von Strom aus Erneuerbaren Energien mit 73 Prozent und einem Plus von 14,5 Prozent zum Vorjahr,
- der Aufbau eigener erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten mit 66 Prozent und einem Plus von 11 Prozent zum Vorjahr.



Weitergabe der Mehrkosten an die Kunden



Maßnahme mit Außenwirkung geplant/laufend/realisiert

Quelle: Niedersachsenauswertung des DIHK-Energiewendebarometers 2022

Bei den Maßnahmen mit Außenwirkung, die darüber hinaus ergriffen werden, ist die Kostenweitergabe an den Kunden mit einem Anteil von fast Dreiviertel der Befragten ein Ausweg der bereits geplant, laufend oder realisiert worden ist. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein deutliches Plus von 30 Prozent. In der Gruppe der Bauunternehmen sind es sogar 90 Prozent.

Die Ausrichtung auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen ist mit 59 Prozent, der Einkauf von klimaschonenden Vorprodukten mit 45 Prozent, auf Platz 2 und 3 der am häufigsten realisierten, laufenden oder geplanten Maßnahmen. Bisher noch auf dem letzten Platz, dafür aber fast mit einer Verdopplung auf 10 Prozent ist die Maßnahmen der Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder der Einschränkung von Produktion im Inland.



Reaktionen der Politik – Koalitionsvertrag der niedersächsischen Landesregierung

Die Klimaneutralität nimmt im Koalitionsvertrag der neuen niedersächsischen Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/ Die Grünen einen hohen Stellenwert ein. Künftig sollen die Entscheidungen aller Ressorts einem Klimacheck unterworfen werden, um zu ermitteln, ob die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Das wird von der IHKN begrüßt, vor allem, weil die Landesregierung eine Vorreiterrolle einnehmen möchte und ihre Dienststellen künftig unter dem Gesichtspunkt Klimaneutralität führen möchte. Allerdings darf dieser Klimacheck keinesfalls dazu führen, dass wichtige infrastrukturelle Maßnahmen (z. B. im Straßenbau) ins Hintertreffen geraten.

Im weiteren Detail sind zudem folgende Maßnahmen in der Energiepolitik geplant:

Planungs- und Genehmigungsverfahren

Ein Klimavorrang bei Planungs- und Genehmigungsverfahren, die der Klimaneutralität dienlich sind. Dazu gehört ebenso der Ausbau von Energieinfrastruktur.

Unsere Einordnung: Die IHKN begrüßt die angekündigte Beschleunigung, allerdings muss hier gleichzeitig eine entspanntere Personalsituation in den zuständigen Behörden geschaffen werden. Die Beschleunigung zum Ausbau der LNG-Infrastrukturen hat gezeigt, dass die Behörden lediglich anders priorisiert haben und andere Anträge tendenziell mehr Wartezeit in Anspruch nehmen mussten. Das darf nicht der neue Maßstab der Landesregierung werden.

Monitoring

Der Fortschritt zur Erreichung der Ausbauziele (Energiebedarf bis 2040 zu 100 Prozent aus EE und 2035 zu 90 Prozent) soll durch die Einrichtung eines digitalen Dashboards transparenter dargestellt werden.

Unsere Einordnung: Diesen Vorsatz begrüßt die IHKN. Schon mit dem ersten und zweiten „Faktenpapier Klima- und Energiewende“ haben wir darauf hingewiesen, wie wichtig eine einheitliche und strukturierte Datenlage ist.

Windenergie

2,2 Prozent der Landesfläche sollen bis 2026 für Windenergie ausgewiesen werden. Dabei finden jährliche Überprüfungen statt, ob der benötigte Fortschritt erreicht worden ist. Sollte sich herausstellen, dass die Ausbaugeschwindigkeit nicht ebenso schnell verläuft wie die Ausweisung der Fläche, möchte sich die niedersächsische Landesregierung vorbehalten, das Flächenziel auf 2,5 Prozent der Landesfläche zu erhöhen. Insgesamt muss so eine Zubaugeschwindigkeit von 1,5 GW Onshore-Leistung pro Jahr erreicht werden. Das Repowering, also der Ersatz von leistungsärmeren Windenergieanlagen, durch leistungsstärkere, soll daher ebenfalls vereinfacht werden.

Unsere Einordnung: Eine Anpassung des Flächenziels für Niedersachsen haben wir bereits nach Verabschiedung des Sommerpakets der Bundesregierung gefordert. Die regionale Raumordnungsplanung und Bauleitplanung sind aufgrund ihrer langen Gültigkeiten sehr träge. Daher müssen Flächenziele rasch politisch verankert werden, damit diese Eingang in die raumordnerische Planung finden. Allerdings wird dem Repowering noch immer zu wenig Bedeutung beigemessen. Hier müssen dringend Konzepte vorgelegt werden, die es ermöglichen, eine Altanlage mit durchschnittlich ein MW Leistung durch eine Neuanlage mit dem mehr als dreifachen an Leistung zu ersetzen.

Photovoltaik

Bis 2035 sollen 65 GW PV-Leistung ausgebaut worden sein. Das sind jährlich 5 GW Zubau. Um das Ziel zu erreichen, soll eine Solar-Offensive gestartet werden: Förderung der niedersächsischen Forschungszentren, Aufbau von eigenen PV-Produktionskapazitäten, naturverträglicher Ausbau mit Agri-PV und 0,5 Prozent der Landesfläche für Freiflächen-PV-Anlagen sollen auf diese Offensive einzahlen.

Unsere Einordnung: Die Nutzung von Photovoltaik ist eine wichtige Ergänzung zu den anderen erneuerbaren Energieträgern. Bei Agri-PV-Anlagen sollte jedoch stets der mögliche Einbruch im landwirtschaftlichen Ertrag gegenüber einem Energieertrag abgewogen werden. Der Bebau von versiegelten Flächen mit PV-Anlagen ist zu bevorzugen. Im Zuge der angespannten Versorgungssicherheit fordern wir zudem eine (zeitlich begrenzte) Privilegierung für Freiflächen-PV-Anlagen.



Bioenergie

Die Nutzung von Bioenergie soll als wichtiger Bestandteil im landwirtschaftlichen Nährstoffkreislauf gestärkt werden. Vorrangig sollen allerdings Gülle, Mist sowie Rest- und Abfallstoffe genutzt werden. Energiepflanzen werden hier nicht explizit erwähnt. Vorgaben, wie die notwendige Lagerung von Gärresten, die im Gegensatz zur Güllelagerung aufgrund landesrechtlicher Vorgaben verkompliziert wurde, sollen abgeschafft werden.

Unsere Einordnung: Vor allem die Regelungen zur Lagerung von Gärresten hat für viel Unverständnis bei Biogasanlagenbetreibern geführt. In Anbetracht der anhaltend angespannten Situation auf dem Gasmarkt sollte der Bioenergie mehr Bedeutung beigemessen werden. Die Direkteinspeisung von Biogasanlagen ins Erdgasnetz ist ein wichtiger Faktor für die Aufrechterhaltung der Gasversorgung. Diese Option findet trotz der Energiekrise keine Beachtung im Koalitionsvertrag.

Infrastruktur

Damit der grüne Strom, der überwiegend im „Erneuerbare-Energie-Land Nummer eins“ produziert werden wird, auch zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern transportiert werden kann, strebt die neue Landesregierung einen „deutlichen Ausbau“ der Verteil- und Übertragungsnetze an. Dem Ausbau intelligenter Stromnetze, sog. Smart Grids, soll dabei ein großer Stellenwert zukommen. Auch der Bau von Energiespeichern soll vorangebracht werden.

Unsere Einordnung: Dieses Ziel unterstützen wir in Gänze. Der Ausbau von leistungsfähigen und intelligenten Leitungsnetzen ist unabdingbar für das Gelingen der Energiewende.

Wasserstoff

Wasserstoff soll als Schlüssel der Energiewende fungieren. Dazu sollen zunächst Anwendungsfelder erschlossen werden, die sich nicht unmittelbar auf Stromnutzung umstellen lassen (energieintensive Industrien, Schiffs- und Flugverkehr). Ein flächendeckender Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur wird als notwendig erachtet. Die Funktion von Wasserstoffclustern als Treiber des Markthochlaufs wird gewürdigt und deren Ausbau gemeinsam mit einer Innovationsförderung unterstützt und begleitet werden.

Unsere Einordnung: Eine Priorisierung von Wasserstoffanwendungen ist sinnvoll, allerdings ebnet ein breit angelegter Wasserstoffeinsatz in vielen Sektoren den Markthochlauf. „Das eine machen, das andere nicht lassen“ sollte hier zum Motto werden. Alternative Technologien zur Produktion von klimaneutralem Wasserstoff abseits des klassischen grünen Wasserstoffs, finden keine Erwähnung.

Ausstieg aus Fossilen Energien und Kernkraft

Das Ziel, den Kohleausstieg schon im Jahr 2030 zu vollziehen, wird von der Landesregierung unterstützt. Auch die Förderung von Erdgas und Erdöl soll schnellstmöglich eingestellt werden. Der Ausstieg aus der Kernkraft soll vollzogen werden. Die Bestellung neuer Brennstäbe für das Kernkraftwerk in Lingen wird kategorisch ausgeschlossen.

Unsere Einordnung: Wir befinden uns in einer Energiekrise. Die Ausbauziele für Erneuerbarer Energien heraufzusetzen, garantiert nicht, dass diese auch die abgeschalteten Kraftwerke kompensieren können. Mit dem Ausstieg aus Kernkraft im April 2023 und ab 2030 aus der Kohlekraft verabschiedet man sich aus zwei grundlastfähigen Energieträgern. Die ebenfalls grundlastfähigen Gaskraftwerke sollten diesen Ausstieg kompensieren und möglichst auch ab 2035 mit grünen Gasen sauberen Strom produzieren. An diesem Plan festzuhalten, obwohl das Fundament bröckelt, ist nicht sinnvoll und gefährdet den Wirtschaftsstandort.



Das Energiewendebarometer zeigt:

die Energiekrise trifft auch die Energiewende, allerdings nicht nur in negativer Art und Weise. Der Trend zum effizienten Umgang mit Energie steigt weiter an. Auch wird der Aufbau von Kapazitäten von Erneuerbaren Energien weiter forciert. Das Thema E-Mobilität mit der Anschaffung von elektrischen Fahrzeugen und dem Ausbau von Ladeinfrastruktur kann ebenfalls als gutes Vehikel im Prozess Energiewende gesehen werden. In der Umfrage zeigt sich jedoch auch deutlich, dass die Energiekrise die Energiewende zu einer wirtschaftlichen Frage werden lässt. Die hohen Kosten für Energie führen bei fast der Hälfte der befragten niedersächsischen Unternehmen zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland. Gut ein Fünftel stellt wegen der wirtschaftlichen Situation Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen zurück, ein Drittel sogar Investitionen in Kernprozesse.

Damit die niedersächsische Wirtschaft krisenfest bleibt, braucht es in erster Linie Entlastungen für stark betroffene Unternehmen. Die auf Bundesebene eingeführte Strom- und Gaspreisbremse muss dringend um weitere Hilfsprogramme auf Landesebene ergänzt werden. Ebenso braucht es eine sachliche Diskussion zu den Auswirkungen der Energiekrise auf die Energiewende. Ein starres Festhalten an Ausstiegszielen in Anbetracht der angespannten Lage führt dazu, dass ohnehin schmale Energieangebot noch weiter zu reduzieren und damit die Preise weiter in die Höhe zu treiben. Das ist einem wirtschaftlich denkenden und handelnden Unternehmen schwerlich zu vermitteln.



Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft

März 2023

Ihr Ansprechpartner:

Hartmut Neumann
Federführung Energie

IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 04921 8901 26

Telefon 0511 920 901 10

Fax 0511 920 901 11

E-Mail hartmut.neumann@emden.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: Shutterstock / Maxx-Studio
Seite 1: ©Urheber: Shutterstock / William Potter
Seite 8: ©Urheber: Shutterstock / Ph888

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, IHK für Ostfriesland und Papenburg sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum. Sie vertritt rund 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter: www.fokus-niedersachsen.de auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.





IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19
30175 Hannover

Telefon 0511 920 901 10
Fax 0511 920 901 11

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de